



## Rechtliche Unternehmensverantwortung – Vierteljährliches Update

Ausgabe 34, März 2020

Willkommen zu unserem vierteljährlichen Update „Rechtliche Unternehmensverantwortung“. Jedes Quartal beleuchtet dieses Update ein Schwerpunktthema sowie neue Entwicklungen im Bereich der rechtlichen Unternehmensverantwortung. Auf unserer englischen Webseite informieren wir im Abschnitt [“Corporate Legal Accountability”](#) objektiv und prägnant über Gerichtsverfahren gegen Unternehmen wegen mutmaßlicher Verstöße gegen die Menschenrechte.

Dieses Update und vorherige Ausgaben finden Sie auf [Englisch](#), [Chinesisch](#), [Französisch](#), [Deutsch](#), [Russisch](#) und [Spanisch](#) auf unserer Webseite.

### **Vierteljährliches Schwerpunktthema: Die entscheidende Rolle der Zivilgesellschaft bei Umweltklagen, mit denen Unternehmen zur Rechenschaft gezogen werden**

*Maysa Zorob & Andrea Hearon (Business & Human Rights Resource Centre) und Thomas Istasse (Advocates for International Development).*

Gemeinschaften und Individuen auf der ganzen Welt, deren Lebensgrundlagen und natürliche Ressourcen durch die Aktivitäten von Unternehmen geschädigt oder bedroht werden, nutzen Umweltklagen als ein wichtiges strategisches Instrument zur Durchsetzung ihrer Menschenrechte. Im letzten Jahrzehnt ist die Zahl der [Klagen gegen Unternehmen](#) zur Wiedergutmachung von Klima- und anderen Umweltschäden stetig gestiegen. In Gerichtssälen auf der ganzen Welt gab es wichtige Siege, aber auch Rückschläge, und neue Akteure sind auf den Plan getreten. Dazu gehören Aktionäre, die Rechtsansprüche gegen Unternehmen oder private Institutionen, an denen sie beteiligt sind, erheben (in sog. [Aktionärsklagen](#)), sowie zivilgesellschaftliche Organisationen, die Unternehmen wegen Umweltschäden vor Gericht bringen oder die juristischen Bemühungen anderer in dieser Hinsicht unterstützen.

Dieser Blog beleuchtet die entscheidende Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen bei Rechtsstreitigkeiten im Umweltbereich, und wie diese Organisationen nicht nur zur Sicherung von bestimmten Formen der Abhilfe für Betroffene beitragen, sondern auch die entsprechende Rechtsprechung, Rechtsdoktrin sowie Unternehmenspolitik und -praxis mitprägen. Die Erkenntnisse basieren auf Untersuchungen im Rahmen eines [gemeinsamen Projekts](#) von Business & Human Rights Resource Centre, Advocates for International Development und Harvard Law and International Development Society (LIDS).

#### Rechtliche Schritte einleiten

Zivilgesellschaftliche Organisationen haben zahlreiche Klagen gegen Unternehmen eingereicht, um Wiedergutmachung für Menschenrechtsverletzungen aufgrund von Umweltschäden zu erreichen. So hat sich beispielsweise das Komitee des Rio-Sonora-Beckens in Mexiko, eine lokale Gruppe aus 600 Anwohner\*innen, 2014 mit der lateinamerikanischen Menschenrechtsorganisation PODER zusammengetan, um Grupo México wegen Wasserverschmutzung zu verklagen.



Das Komitee und PODER reichten [sieben Sammelklagen](#) gegen Grupo México und die mexikanische Regierung ein. Dies geschah, nachdem das Unternehmen seine Versprechen, Wasseraufbereitungsanlagen zu bauen und einen Treuhandfonds für die Gemeinschaft zu finanzieren, nicht eingehalten hatte. 40.000 Kubikmeter Kupfersulfat waren in die kommunale Wasserquelle gelangt. In den Klagen wurde eine Verletzung des Rechts auf Wasser geltend gemacht und die Angeklagten wurden aufgefordert, die Umweltschäden zu beseitigen und das Recht der Gemeinschaft auf Beteiligung an den Sanierungsplänen zu garantieren. Daraufhin testete die Regierung erneut Dutzende von Wasserquellen in der Nähe des Flusses und versprach, eine Klinik zur Behandlung von Krankheiten zu eröffnen, an denen Mitglieder der Gemeinschaft infolge der Verschmutzung litten. Im Januar 2020 [ordnete die Zweite Kammer des Obersten Gerichtshofs an](#), dass der Rio Sonora Trust offen bleiben solle, ein Mechanismus zur Unterstützung des Widergutmachungs- und Sanierungsprozesses.

In Indien [widerrief](#) der Oberste Gerichtshof 2013 eine Genehmigung, die Vedanta Alumina Limited ursprünglich 2004 von der indischen Regierung für ein Bergbauprojekt in den Niyamgiri-Hügeln im östlichen Bundesstaat Orissa erteilt worden war. Das Bergbauprojekt hätte die Hügel zerstört, die Lebensgrundlage des lokalen Stamms der Dongria Kondh sind. Nachdem lokale zivilgesellschaftliche Organisationen mehrere Klagen gegen das Projekt eingereicht hatten, erkannte das Gericht die schädlichen Auswirkungen des Projekts auf die Gemeinschaft und die Tierwelt an und entschied, dass das Bergbauprojekt nicht fortgesetzt werden dürfe.

#### Finanzierung von und Beteiligung an rechtlichen Maßnahmen

Zivilgesellschaftliche Organisationen haben auch Rechtsstreitigkeiten im Umweltbereich finanziert oder anderweitig unterstützt. Beispielsweise finanzierten lokale und internationale Organisationen im Jahr 2015 die [Klage](#) eines peruanischen Bauern gegen den deutschen Energiekonzern RWE durch [Crowdfunding](#). Der Bauer erhob den Vorwurf, dass die Treibhausgasemissionen des Unternehmens zur globalen Erwärmung beitragen und schwere Überschwemmungsrisiken schafften, die sein Eigentum und seine Lebensgrundlage akut bedrohten. Das Haus des Klägers lag am Überschwemmungspfad des Palcacocha-Sees, der am steigenden Wasserspiegel infolge des Abschmelzens eines nahegelegenen Gletschers litt. Im Jahr 2017 trat das deutsche Gericht in das Beweisverfahren ein und signalisierte somit eine Bereitschaft zur Anhörung der Klage.

Darüber hinaus haben NGOs Amicus-Schriftsätze eingereicht, um Gerichtsverfahren in Umweltfällen zu unterstützen. Ein Beispiel dafür ist die 2015 von indischen Fischern und Bauern gegen die Internationale Finanz-Corporation (IFC) als Teil der Weltbankgruppe eingereichte [Klage](#) vor einem US-Bundesgericht wegen Umweltschäden durch das Tata-Mundra-Werk in Gujarat, Indien. Als das Gericht entschied, dass Finanzinstitute von Klagen ausgenommen seien, legten die Kläger beim Obersten Gerichtshof der USA Berufung ein. Daraufhin reichten neun NGOs [Amicus-Schriftsätze](#) ein. Im Jahr 2019 entschied der Oberste Gerichtshof, dass internationale Organisationen wie die Weltbank nicht immun gegen Verfahren vor US-Gerichten seien und in der Tat verklagt werden könnten, wenn gängige Voraussetzungen für eine Ausnahme von der Immunität vorlägen.

#### Sichtbarkeit & Dokumentation

Die Bemühungen von NGOs auf der ganzen Welt, Umweltschäden durch Unternehmen zu überwachen und zu dokumentieren, haben öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen und sich als wichtige Beweis- und Analysequelle in Gerichtsverfahren erwiesen. Im oben erwähnten Beispiel von Vedanta fiel die Entscheidung des indischen Obersten Gerichtshofs, die



Bergbaugenehmigung zu widerrufen, vor dem Hintergrund internationaler Kampagnen und Rechercheinitiativen von Menschenrechtsorganisationen wie [Survival International](#) und [Amnesty International](#). Diese beeinflussten die Entscheidung mehrerer Investoren, darunter auch Regierungen, [sich von Unternehmensanteilen zu trennen](#). Beispielsweise beschloss die norwegische Regierung 2007 [den Verkauf ihrer Beteiligung](#) an Vedanta über 13 Millionen US-Dollar und [verwies](#) dabei auf das „inakzeptable Risiko, durch weitere Investitionen in das Unternehmen zu schweren Umweltschäden beizutragen“ (eigene Übersetzung).

Ein weiteres bemerkenswertes Beispiel ist die Klage der Bodo-Gemeinschaft in Nigeria [gegen Shell](#) vor dem Obersten Gerichtshof in London. Die Kläger\*innen verlangten eine Entschädigung für Beeinträchtigungen ihrer Gesundheit, ihrer Lebensgrundlagen und ihres Landes im Zusammenhang mit zwei Ölunfällen, die sich 2008 und 2009 im Niger-Delta ereignet hatten. Die 15.000 Kläger\*innen brachten vor, dass die Pipelines schlecht gewartet worden seien und dass Shell Maßnahmen hätte ergreifen müssen, um den Ölunfall zu verhindern; sie forderten, dass Shell die Ölverschmutzung beseitigen solle.

Verschiedene Menschenrechtsorganisationen hatten internationale Aufmerksamkeit auf den Fall gelenkt und die Menschenrechtsverletzungen gegen die Gemeinschaft [dokumentiert](#), was später als Beweismittel in diesem Fall diente. Der Oberste Gerichtshof Großbritanniens [stellte fest, dass](#) es „vollkommen korrekt“ (eigene Übersetzung) sei, [einen Bericht von Amnesty International](#) als Beweismittel gegen die Angeklagten mitaufzunehmen. Innerhalb eines Jahres nach Einreichen der Klage vor dem britischen Obersten Gerichtshof akzeptierte Shell seine Verantwortung und erklärte sich 2015 bereit, 55 Millionen Pfund an die Gemeinschaft zu zahlen, eine enorme Steigerung gegenüber dem ursprünglichen Angebot von 4.000 Pfund, das Shell 2010 gemacht hatte.

Mit dem weltweit zunehmenden Momentum für Gerichtsprozesse zu Umweltschäden spielen auch zivilgesellschaftliche Organisationen eine immer wichtigere Rolle dabei, juristische Verfahren in die Wege zu leiten, zu finanzieren und zu gewinnen.

\*\*\*

## Rechtliche Entwicklungen

### Neue Fallprofile

[Klagen von Socfin \(wegen Verleumdung durch Green Scenery, Sierra Leone\)](#): Seit 2011 hat Socfin mehrere Verleumdungsklagen gegen die NGO Green Scenery in Sierra Leone wegen Artikeln und Berichten der NGO zu den negativen menschenrechtlichen Auswirkungen der Socfin-Palmölplantage im Stammesfürstentum Sahn Malen auf die lokale Bevölkerung eingereicht. Die NGO erhebt den Vorwurf, dass es keine angemessene Konsultation bezüglich des Pachtvertrags für die Socfin-Plantage gegeben habe und es an Transparenz und einer angemessenen Entschädigung für das von der Firma in Anspruch genommene Eigentum fehle.

[Klage gegen Total \(wegen Nichteinhaltung des Loi de Vigilance in Bezug auf Geschäftsaktivitäten in Uganda\)](#): Im Oktober 2019 reichten sechs ugandische und französische NGOs in Frankreich Klage gegen Total ein, weil das Unternehmen es versäumt habe, in seinem Vigilance-Plan das Mega-Ölprojekt in Uganda näher zu erläutern. Es ist die erste Klage, die im Rahmen des französischen Loi de Vigilance von 2017 eingereicht wurde. Am 30. Januar 2020 erklärte das



Gericht in Nanterre, dass der Fall nicht in seine Zuständigkeit falle, und ordnete an, dass er an das Handelsgericht weitergeleitet werden solle.

[Klage von Tourah Cement \(Gefängnisstrafen für Arbeiter\\*innen wegen illegaler Proteste, Ägypten\)](#): Im Mai 2017 wurden 32 Beschäftigte der Tourah Portland Cement Company, einer Tochtergesellschaft von HeidelbergCement in Ägypten, verhaftet und vor Gericht gebracht. Ihnen wurde die Behinderung der Justiz und gewaltsamer Widerstand gegen die Behörden im Rahmen von angeblich illegalen Protesten wegen nicht ausgezahlter Löhne vorgeworfen. Im Juni 2017 verurteilte das Gericht für Ordnungswidrigkeiten in Maadi die Arbeiter\*innen zu drei Jahren Gefängnis. Im gleichen Monat reduzierte ein Berufungsgericht für Ordnungswidrigkeiten die Strafe auf zwei Monate.

### Updates zu vorhandenen Fallprofilen

[Klage gegen Globe Metals and Mining \(wegen fehlender Wiederansiedlung und Entschädigung in Malawi\)](#): Im Dezember 2019 wurde das laufende Schlichtungsverfahren beendet, weil keine Einigung über die Höhe der an die Gemeinschaft zu zahlenden Entschädigung erzielt werden konnte. Die Angelegenheit wird 2020 vor Gericht kommen.

[Klage gegen Hudbay Minerals \(wegen Komplizenschaft bei Vergewaltigungen in Guatemala\)](#): Im Januar 2020 lehnte der Oberste Gerichtshof in Ontario den Antrag von Hudbay ab, den guatemalteckischen Kläger\*innen eine Anpassung ihrer Klage zu verwehren. Die Kläger\*innen wollten weitere Einzelheiten zu mutmaßlichen Vergewaltigungen durch Bergbausicherheitskräfte mitaufnehmen.

[Klage gegen Intl. Finance Corp. \(wegen Finanzierung eines Kohlekraftwerks in Indien\)](#): Im Januar 2020 wurde der Fall erneut vor dem US-Bezirksgericht verhandelt, nachdem der Oberste Gerichtshof im vergangenen Jahr entschieden hatte, dass die Intl. Finance Corporation (IFC) keine absolute Immunität vor Klagen habe, wenn sie als Marktteilnehmerin agiere. Die IFC argumentierte, dass sie keine kommerzielle Tätigkeit ausübe und daher von Klagen ausgenommen sei. Die Kläger argumentierten, dass die Vergabe eines Darlehens eine kommerzielle Aktivität sei und dass eine ausreichende Verbindung zu den USA bestehe, da das Darlehen vom Hauptsitz der IFC in Washington D.C. aus genehmigt und gemanagt worden sei.

[Klage gegen Nestlé, Cargill, Archer Daniels Midland \(wegen des Vorwurfs der Zwangsarbeit in Côte d'Ivoire\)](#): Im Januar 2020 signalisierte der Oberste Gerichtshof der USA Interesse an einer Anhörung des Falls und bat die Trump-Regierung um Rat, ob dem Antrag von Nestlé auf Anhörung des Falls stattgegeben werden sollte.

[Klage gegen Nevsun Resources \(wegen Zwangsarbeit im Bergwerk Bisha, Eritrea\)](#): Im Februar 2020 entschied der Oberste Gerichtshof Kanadas, dass Nevsun Resources, ein Bergbauunternehmen mit Sitz in Vancouver, in Kanada wegen mutmaßlicher Menschenrechtsverletzungen, einschließlich moderner Sklaverei, in Zusammenhang mit seinem Bergbauprojekt in Eritrea verklagt werden könne. Der Gerichtshof stellte fest, dass internationale Menschenrechtsrechte, insbesondere *Jus Cogens* oder vorrangige Normen, die so wesentlich seien, dass sie als auf alle Rechtsordnungen universell anwendbar gesehen würden, in diesem Fall zum Tragen kommen könnten.



[Klagen von Thammakaset \(wegen Arbeitsausbeutung in Thailand\)](#): Im Dezember 2019 reichte Thammakaset eine Strafanzeige wegen Verleumdung gegen die Menschenrechtsverteidigerin Puttanee Kangkun von Fortify Rights ein, bezugnehmend auf 14 Tweets und Posts auf Facebook, die Unterstützung für andere, ebenfalls vom Unternehmen verklagte Menschenrechtsverteidiger\*innen bekundeten, was eine 28-jährige Haftstrafe nach sich ziehen könnte.

In einem weiteren von Thammakaset angestregten Verleumdungsverfahren verurteilte ein Gericht in Thailand die Reporterin Suchanee Cloitre wegen krimineller Verleumdung zu zwei Jahren Haft, weil sie in einem Tweet eine Beschwerde wegen arbeitsrechtlicher Missstände auf der Geflügelfarm kommentiert habe. Sie wird gegen das Urteil Berufung einlegen.

[Klage gegen die Vinci \(wegen Zwangsarbeit in Katar\)](#): Am 25. November 2019 leitete ein Richter eine Untersuchung zu Zwangsarbeitsvorwürfen ein, nachdem zwei NGOs und sieben ehemalige Arbeiter\*innen aus Indien und Nepal 2018 Beschwerde eingereicht hatten.

## **Weitere rechtliche Neuigkeiten**

[Seven Tanzanians launch UK legal action against Barrick Gold for human rights abuses by security forces](#)

[Wife of deceased worker brings suit in the UK against Maran for ship-breaking exploitation in Bangladesh](#)

[Lawsuit against Apple, Google, Dell, Microsoft & Tesla filed in the US over forced child labour in cobalt mines in DRC](#)

[Brazil: Former Vale CEO charged with homicide for dam collapse, as TÜV SÜD is charged with environmental crimes](#)

## **Weitere Neuigkeiten**

### **Neue Blogs**

[Nevsun Resources Ltd. v. Araya: What the Canadian Supreme Court decision means in holding Canadian companies accountable for human rights abuses abroad](#), James Yap, Anwalt, 13. März 2020

[Reading the Stevia Leaves: Early Clues to Federal Enforcement of the Ban on Imports Made with Forced Labour](#), Meg Roggensack & Anasuya Syam, Human Trafficking Legal Center, 21. Februar 2020

## **Aus dem Business & Human Rights Resource Centre**

### [Kommentare zu Umweltklagen](#)

- Analyse von Prozessstrategien und ihrer Auswirkungen in fünf wichtigen Umweltfällen

### [Menschenrechtsverteidiger\\*innen im Wirtschafts- und Unternehmenskontext: Snapshot Januar 2020](#)

- Fast die Hälfte aller Angriffe im Jahr 2019 stand im Zusammenhang mit juristischen Schikanen gegen Menschenrechtsverteidiger\*innen, unter anderem im Rahmen von



strategischen Klagen gegen öffentliche Beteiligung (SLAPPs), die von Unternehmen angestrengt wurden

### **Berichte, Artikel & Orientierungshilfen von führenden Expert\*innen & Organisationen**

[A UK Failure to prevent mechanism for corporate human rights harms](#), Peter Hood, Julianne-Hughes, Irene Pietropaoli, & Lisa Smit, British Institute of International and Comparative Law, 11. Februar 2020

[Sugar companies sued for forcibly evicting sixty families from their homes in the Dominican Republic](#), Corporate Accountability Lab, 3. Februar 2020

[Toolkit for lawyers at risk](#), International Bar Association, 24. Januar 2020

[Strengthening legal frameworks on business & human rights: The imperative for binding legislation to protect people and the environment](#), CIDSE, 22. Januar 2020

[Embedding business & human rights in Ireland: Legislating for human rights due diligence](#), Dr. Shane Darcy, 18. Dezember 2019

[Shifting gears on human rights performance: from responsive to proactive](#), *The Business and Human Rights Review*, Winter 2019, Issue 7, Allen & Overy LLP, Dezember 2019